P r e s s e m i t t e i l u n g

**DKG zur Inflationsproblematik**

**Kliniken verzeichnen fast 9 Milliarden Euro Defizit**

Berlin, 31. März 2023 – Das Gesamtdefizit, das die Krankenhäuser infolge der Inflationskrise kontinuierlich ansammeln, ist zum Monatsende auf 8,95 Milliarden Euro angewachsen. Das ist das Ergebnis einer Berechnung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Demnach häufen die deutschen Kliniken jeden Monat rund 740 Millionen zusätzliches Defizit an. Ursache dafür sind die stark gestiegenen Preise seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, die immense wirtschaftliche Last mit einem Inflationsausgleich von den Krankenhäusern zu nehmen. 96 Prozent der deutschen Kliniken können ihre Ausgaben nicht mehr aus den laufenden Einnahmen finanzieren. Dazu erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG Dr. Gerald Gaß:

„Die in allen Bereichen stark gestiegenen Preise treffen die Krankenhäuser besonders hart, da sie die Kosten nicht wie andere Branchen an Kundinnen und Kunden weitergeben können. Leider helfen die von der Bundesregierung versprochenen Ausgleichsmilliarden fast niemandem, denn die Details sind so gestaltet, dass kaum eine Klinik von ihnen profitiert. So wurde etwa der Referenzwert für Energiepreise auf März 2022 gelegt – ein Monat, der nicht nur besonders energieintensiv ist, sondern in dem die Preise schon sehr stark gestiegen waren. Dem Bundeshaushalt mit solchen Regelungen Geld sparen zu wollen, ist eine Milchmädchenrechnung. Denn auf diese Weise werden Krankenhäuser und damit die Versorgung akut gefährdet. Sinnvoller wäre es, die 4,5 der versprochenen 6 Milliarden Euro nicht über komplizierte Einzelnachweise zu vergeben, sondern über pauschale Förderungen. Sonst wird weiterhin kaum ein Krankenhaus die Hilfen nutzen können. Wenn die Bundesregierung jetzt keinen schnellen und klaren Weg findet, die Krankenhäuser tatsächlich zu entlasten, drohen uns Versorgungseinschränkungen durch zahlreiche Klinik-Insolvenzen und daraus folgende Schließungen. Dabei müssen wir mit kurzfristigen Hilfsprogrammen, Rettungsschirmen und befristeten Fördertöpfen Schluss machen. Vielmehr muss die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser dauerhaft und verlässlich angegangen werden. Die Krankenhäuser leisten weiter ihren Versorgungsauftrag und sichern die Gesundheit der Menschen. Doch die Kosten dafür werden ihnen faktisch nur zum Teil erstattet, denn die Inflation sorgt vielerorts für ein Zuschussgeschäft. 740 Millionen Euro monatliches Neu-Defizit bedeutet nichts anderes, als dass die Krankenhäuser Arbeit verrichten, für die sie nicht bezahlt werden. Das muss umgehend aufhören, wenn Minister Lauterbach im Herbst für seine Krankenhausreform noch ausreichend Krankenhäuser vorfinden möchte.“

Auf der Website der DKG [www.dkgev.de](http://www.dkgev.de) ist ab sofort eine Defizit-Uhr zu sehen, die in Echtzeit die stetig wachsende Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Krankenhäuser anzeigt.

**Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.